



2. Sitzung des Fachforums Kommunen am 14. September 2018, 10.00 bis 16.30 Uhr

Teilnehmende: Prof. Dr. Nathalie Behnke, Anna-Lena Beilschmidt, Caroline Bogenschütz, Harry Brunnet, Günter Burger, Dr. Rainer Haas, Nadine Steck, Julian Schahl, Frédéric Stephan

Aus dem Ministerium der Justiz und für Europa:
Dr. Pamela Sichel, Dr. Angela Kaiser

Moderation: Miriam Sontheim und Katharina Jakobi, IFOK

1. Ablauf

Am 14. September 2018 kam das Fachforum Kommunen des Europadialogs Baden-Württemberg zu seiner zweiten Sitzung im Ministerium der Justiz und für Europa zusammen. Dr. Alexandra Zoller, Leiterin der Abteilung Europa und Tourismus, begrüßte die Teilnehmenden.

Die Sitzung des Fachforums gliederte sich in zwei Teile: im ersten Teil nahmen die Fachexpertinnen und -experten die bisherigen Ergebnisse, Ergänzungen und Anmerkungen aus den Bürgerdialogen und dem Expertenforum in den Gesamtblick. In der anschließenden Diskussion wurden die zentralen Themen mit Blick auf das Leitbild identifiziert. Im zweiten Teil der Sitzung wurden diese Schwerpunktthemen weiter vertieft. Hierbei wurden zentrale Themenbereiche, Ansätze und Maßnahmen sowie mögliche Folgen und notwendige Rahmenbedingungen diskutiert.

2. Identifikation von Schwerpunktthemen

Die Moderation stellte den Teilnehmenden zu Beginn des Fachforums die Ergebnisse, Ergänzungen und Anmerkungen aus den Bürgerdialogen und dem Expertenforum vor, welche durchweg positiv aufgenommen wurden. In der gemeinsamen Diskussion wurden folgende zentrale Themen mit Blick auf das Leitbild identifiziert:

- Stärkung der Europafähigkeit in den Kommunen
- Verankerung Europas in den Kommunen
- Kommunen als Bindeglied zwischen Bürgerinnen und Bürgern auf der einen und der EU auf der anderen Seite
- Einfluss und Partizipation der Kommunen auf und an Europa

Von den noch offenen Themen des ersten Fachforums (Flüchtlingskrise, Migration, Digitalisierung und Finanzen) griffen die Teilnehmenden nur noch das Thema Finanzen auf und identifizierten es als wichtiges Querschnittsthema, das man bei allen vorgenannten Themenfeldern und Aufgaben mitdenken müsse.

3. Vertiefung der Schwerpunktthemen

Bei der Vertiefung wurden zunächst **zentrale Themenbereiche und Handlungsfelder** identifiziert, die mit den großen gesellschaftlichen Herausforderungen verbunden sind. In einem zweiten Schritt wurden **Konsequenzen und Implikationen sowie Rahmenbedingungen** für die zukünftige Gestaltung diskutiert.

3.1 Stärkung der Europafähigkeit der Kommunen

Folgende **Themenbereiche, Ansätze und Maßnahmen** wurden von den Expertinnen und Experten teils streitig diskutiert:

Stärkung der Europafähigkeit in der Politik:

- Europa als Chefsache verankern: Europaverankerung bei OB, in Kreistag/Fraktionen
- Sensibilisierung der Gemeinderäte
- Europafähigkeit als klarer Arbeitsauftrag: kontinuierlicher Bericht und Austausch zu Europathemen
- Runder Tisch Europa zwischen den Kommunen
- Wichtig ist eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit bzw. Integration der europäischen Dimension. Dies ist aber auch eine Ressourcenfrage.

Stärkung innerhalb der Verwaltung:

- Europafortbildungen.
- Themenorientierte Brüssel-Reisen.
- Europapraktikum: kurzzeitiger Austausch innerhalb europäischer Verwaltungen (jeweils hin und zurück) verspricht große Wirkung. Für Azubis relativ einfach umzusetzen, viele Junge haben bereits Auslandserfahrung und die Hemmschwelle im Rahmen einer Ausbildung ist niedriger. Führungskräfte zu erreichen ist hingegen schwieriger.
- Verwaltungsaustausch über (ggf. anzupassende) Programme wie ERASMUS oder das Walter-Hallstein-Programm.
- EU-Azubi-Gipfel (Übertragung auf Wirtschaft in Planung).

Stärkung außerhalb der Verwaltung:

- Events/Veranstaltungen zu Europa in anderem Rahmen.
- Europatag an Schulen, eigene Aktionen der Schülerinnen und Schüler.
- „Europe and friends“-Tag an Hochschulen.
- Politische Diskussionen.
- Schüler- und Azubiaustausch in andere europäische Länder.
- Europareisen und Europatag für Gewerbetreibende/mittelständische Unternehmen (Einbindung von IHK und Handwerkskammer).
- Europabus, der durch die Städte tourt, verbunden mit Wettbewerben etc.
- Rednerteam der Europäischen Kommission → Besuch in Schulen; Wirtschafts- und Verwaltungsakademie bietet Fortbildungen an.
- Vorschlag: Einbindung in Führungskräfte-Tage.

Zwischen Politik und Verwaltung:

- Netzwerke unter den Europaabgeordneten, Landkreisen, Stadtkreisen, Kommunen zu verschiedenen Schwerpunkten.

Mit diesen Maßnahmen werden folgende **Ziele** verfolgt:

- Akzeptanz für EU erhöhen
- Qualität der Diskussion stärken
- Qualitätssteigerung in der Gesetzgebung
- Europäische Identität bewusster machen

Fazit/ zentrale Thesen:

- Wichtige Ansatzpunkte zur Stärkung der Europafähigkeit der Kommunen liegen in der Politik:
 - Europa muss als Chefsache verankert sein (z.B. bei OB, in Kreistag/Fraktionen); Gemeinderäte sensibilisiert werden.
 - Europafähigkeit als klarer Arbeitsauftrag: kontinuierlicher Bericht und Austausch der Kommunen zu Europathemen, z.B. bei Rundem Tisch Europa.
 - Wichtig ist eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit bzw. Integration der europäischen Dimension. Dies ist aber auch eine Ressourcenfrage.
- Innerhalb der Verwaltung kann die Europafähigkeit gestärkt werden, z.B. durch Europafortbildungen, themenorientierte Brüssel-Reisen, Europapraktikum bzw. Verwaltungsaustausch (kurzzeitiger Austausch innerhalb europäischer Verwaltungen, jeweils hin und zurück), EU-Azubi-Gipfel (Übertragung auf Wirtschaft in Planung).
- Außerhalb der Verwaltung könnten verschiedene Europa-Angebote flankierend wirken, z.B. durch Europatag / Europareisen für Unternehmer, Schüler- und Azubi-Austausch, Besuch von Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Kommission in Schulen, Wirtschafts- und Verwaltungsakademien, Einbindung in Fortbildungen.
- Zwischen Politik und Verwaltung sollten Netzwerke unter den Europaabgeordneten, Landkreisen, Stadtkreisen, Kommunen zu verschiedenen Schwerpunkten verstärkt werden.
- Alle diese Maßnahmen tragen dazu bei, die Akzeptanz für die EU zu erhöhen, die Qualität der öffentlichen Diskussion und in der Gesetzgebung zu steigern sowie die Europäische Identität bewusster zu machen.

3.2 Verankerung Europas in den Kommunen

Folgende **Themenbereiche, Ansätze und Maßnahmen** wurden im Fachforum diskutiert:

Verankerung in der Bevölkerung:

- Städtepartnerschaften, inklusive Jugendaustausche und -begegnungen pflegen und intensiv nutzen
 - Permanente / dauerhafte Ansprechpersonen.
 - Regelmäßige Einbindung in Veranstaltungen (z.B. Austausch zu Problemlösungen für gemeinsame Themen oder ähnliche Herausforderungen).
 - Themenorientierung aber vor allem kultureller Austausch schafft Gemeinschaftsgefühl und Verbundenheit, Bewusstsein Teil Europas zu sein und Gemeinsamkeiten zu haben.
 - Breite Einbindung der Bevölkerung.
- Vernetzung und Nutzung vorhandener Strukturen: Jugendwerke, Austauschprogramme, Erasmus, Europa Union/JEF, Europe direct.
- Informationsreisen für Bürger, z.B. über Europe for Citizens.

- Mehr Europe direct - Informationsstellen in Kommunen einrichten; EDICs ins Stadtleben einbinden.

Verankerung in der Verwaltung:

- Delegationsaustausch für Best Practices.
- Hospitation als Teil der Ausbildung.
- Delegationsreisen / politische Informationsreisen für kommunale Vertreter zur EU (z.B. Walter-Hallstein-Programm).
- Fachreferentinnen und -referenten mit Europäischer Kommission in Kontakt bringen, z.B. über Europabüro.
- Zentrale Anlaufstelle für Europaangelegenheiten in den Kommunen.
- Einsetzung von Europabeauftragten in Kommunen, die noch keine haben, fördern, z.B. durch 2-Jahres-Finanzierung (analog zu EZ).
- Europafähigkeit der Fachämter z.B. durch Jour Fixe fördern.
- Vorhandene Kanäle und Newsletter für EU-Informationen nutzen, z.B. mit Rubrik in Amtsblatt oder Förderhandbuch.
- Wichtige Voraussetzungen ist dabei die politische Unterstützung, z.B. vom Gemeinderat sowie eine einfache Sprache zur Vermittlung von Inhalten.

Kommunen als Motor für Vernetzung: Vernetzung ist für den Austausch von Kontakten und Know-How zentral. Sie muss innerhalb der Kommunen, zwischen den Kommunen, mit dem Land und auf europäischer Ebene stattfinden:

- Vernetzung innerhalb der Verwaltung zu Europathemen z.B. durch Europa-Jour Fixe.
- Vernetzung innerhalb der Stadt, mit Migrantenvereinen, Ausländerbeiräten.
- Europaausschuss des Landtags in Austausch mit Städte- und Gemeindebund bringen und vernetzen.
- Arbeitsgemeinschaft der Europakoordinatoren einrichten.
- Gremien wie CEMR verstärkt nutzen.

Kleine Kommunen benötigen spezielle Unterstützung:

- Finanzielle Förderung.
- Bürokratieabbau / Vereinfachung von (Förder-)Anträgen, Abläufen, denn Ressourcen sind häufig nicht vorhanden.
- Erasmus-Programm für Schüler.
- Netzwerke für kleine Kommunen: gemeinsames Auftreten durch Vernetzung → immenses Potenzial für europäische und kommunale Entwicklung „Kommune als Motor für internationale Themen“.

Fazit/ zentrale Thesen:

- Städtepartnerschaften, inklusive Jugendaustausche und -begegnungen sollten gepflegt und intensiver genutzt werden. Dies kann unterstützt werden durch:
 - Permanente / dauerhafte Ansprechpersonen.
 - Eine breite Einbindung der Bevölkerung, z.B. durch Informationsreisen.
 - Regelmäßige Einbindung in themenbezogene Veranstaltungen.
 - Vor allem kultureller Austausch schafft Gemeinschaftsgefühl und Verbundenheit, Bewusstsein Teil Europas zu sein und Gemeinsamkeiten zu haben.
 - Vernetzung und Nutzung vorhandener Strukturen wie z.B. Jugendwerke, Austauschprogramme, Erasmus, Europa Union/JEF, Europe direct.
 - Mehr Europe direct - Informationsstellen in Kommunen einrichten; EDICs ins Stadtleben einbinden.
- Verankerung in der Verwaltung:
 - Delegationsaustausch für Best Practices.

- Hospitation als Teil der Ausbildung, Delegationsreisen/politische Informationsreisen für kommunale Vertreter zur EU (z.B. Walter-Hallstein-Programm).
- Europa-Jour-Fixe in der Verwaltung.
- Fachreferentinnen und -referenten mit Europäischer Kommission in Kontakt bringen, z.B. über Europabüro.
- Zentrale Anlaufstelle für Europaangelegenheiten in den Kommunen schaffen: Einsetzung von Europabeauftragten in Kommunen, die noch keine haben, fördern, z.B. durch 2-Jahres-Finanzierung (analog zu EZ).
- Vorhandene Kanäle und Newsletter für EU-Informationen nutzen, z.B. mit Rubrik in Amtsblatt oder Förderhandbuch.
- Wichtige Voraussetzungen ist dabei die politische Unterstützung, z.B. vom Gemeinderat, sowie eine einfache Sprache zur Vermittlung von Inhalten.
- Kommunen sind Motor für Vernetzung: Austausch von Kontakten und Know-How innerhalb der Kommunen, zwischen den Kommunen, mit dem Land und auf europäischer Ebene fördern:
 - Vernetzung innerhalb der Stadt, mit Migrantenvereinen, Ausländerbeiräten.
 - Europaausschuss des Landtags in Austausch mit Städte- und Gemeindebund bringen und vernetzen.
 - Arbeitsgemeinschaft der Europakoordinatoren einrichten.
 - Gremien wie CEMR verstärkt nutzen.
 - Kleine Kommunen benötigen spezielle Unterstützung, insb. durch Vereinfachung von (Förder-)Anträgen und Abläufen, gemeinsames Netzwerk kleiner Kommunen birgt großes Potenzial für europäische und kommunale Entwicklung.

3.3 Kommunen als Bindeglied zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der EU

Als **zentrale Ansätze, Herausforderungen und Anregungen** wurden von den Expertinnen und Experten folgende Punkte diskutiert:

Austausche

- Eine Herausforderung liegt darin, dass Austausche vor allem Gymnasien, wenig Grund-, Haupt- und Realschulen umfassen.
- Anregungen:
 - Austausch übers Internet fördern.
 - Informationsreisen (z.B. nach Strasbourg/Brüssel oder in andere Länder).

Veranstaltungen zu Europa

- Herausforderungen:
 - Es werden immer die gleichen erreicht, z.B. bildungsferne Schichten bisher wenig.
 - Kritiker sind selten dabei.
 - Kritische Themen sind schwierig anzusprechen.
- Anregungen:
 - Andere Formate nutzen: Konzert, Theater, Kabarett...+ EU-Diskussion.
 - Themen verknüpfen (EZ, Integration, Wirtschaft...+ EU).
 - Europa vor Ort: Eurothemen an beliebten oder interessanten Orten anknüpfen z.B. mit Führung (z.B. Wildpark, Weinbau, Feuerwehr, Klärwerk, Stadtbibliothek, Abfallwirtschaft, Wald...) – vgl. „Europa findet Stadt“ in Pforzheim.
 - Volkshochschulen: Partnerstädte-Messe + Europaakteure.
 - Spielerische Ansätze wie Glücksrad, Kletterwand, Bundestagsmobil.
 - Europa für Menschen mit Migrationshintergrund (wo stehen wir heute, wie kamen wir dahin, was macht Europa aus?).
 - Teilnahme Minister oder MdEP steigern Attraktivität für Teilnehmer.

- Veranstaltungen an Schulen erreichen auch bildungsferne Schichten.

Netzwerke anregen

- Wettbewerbe.
- Kleine Förderbeträge helfen oft viel.
- Mögliche Partner: Vereine, Kinder- und Jugendhäuser, Wirtschaftsunioren, Familienzentren.

EU-Botschafter vor Europawahl

- z.B. Wahlsimulation an Schulen.

Information(-smaterial) vermitteln

- Broschüren, Infomaterial in Rathäusern (z.B. „Europa in Baden-Württemberg“).
- Niedrigschwelliges wie Malbuch für Kinder.
- Herausforderung: Fragen der Bürgerinnen und Bürger aufnehmen, keine Einbahnkommunikation → Anlaufstelle für Bürgerfragen (idealerweise Präsenz, aber ggf. auch online).
- Team Europe-Rednerpool nutzen.

Zeitungen/Medienkooperationen

- Berichtsreihen initiieren.
- Medienvertreter bieten Medientrainings für Kommunen an, um ihre Eurothemen in die Medien zu bringen.
- Volontärsprojekte zu Europa.

Social Media

- Einfache, aber wirksame Möglichkeit für (positive) Kommunikation, z.B. „60 gute Gründe für Europa“ posten.
- Auch intern nutzbar für schnelle Information der Kollegen (Intranet).

Interne Informationen: Amtsblatt, Newsletter des Ministeriums

- Newsletter für interessierte Bürgerinnen und Bürger.
- Eigene Rubrik im Amtsblatt: Weiterverwendung der Inhalte.

Kommunikation generell:

- Aufgaben: Beschreiben, Begegnungen fördern, Begeistern.
- Europa positiv darstellen, Vorteile aufzeigen:
 - Wirtschaftliche Zusammenarbeit
 - Wertegemeinschaft
 - Geopolitische Bedeutung und Einfluss
- Versuchung widerstehen, EU zum Sündenbock zu machen für alles, was nicht klappt oder unpopulär ist.

Fazit/ zentrale Thesen:

- Kommunen sind ein zentrales Bindeglied zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der EU. Die positive Kommunikation, Vermittlung europäischer Themen und Vorteile sowie das Fördern von Begegnungen sind wesentliche Aufgaben hierbei.
- Gefördert werden kann dies durch:
 - Austausch über das Internet und Informationsreisen.
 - Einbinden bisher nicht erreichter Zielgruppen, z.B. Europa für Menschen mit Migrationshintergrund, Veranstaltungen/ Simulationen an Schulen.

- Veranstaltungen zu Europa: neue Formate und spielerische Ansätze nutzen, mit interessanten Themen und Orten anknüpfen (vgl. „Europa findet Stadt“ in Pforzheim).
- Einbinden von Volkshochschulen, Partnerstädte, Teilnahme von Vertretern aus Politik (Minister / MdEP).
- Anregen von Netzwerken/ Wettbewerben auf kommunaler Ebene. Mögliche Partner könnten Vereine, Kinder- und Jugendhäuser, Wirtschaftsjunioren, Familienzentren sein.
- Die Informationsvermittlung europäischer Themen kann von Kommunen unterstützt werden, z.B. durch:
 - Broschüren / Infomaterial in Rathäusern (z.B. „Europa in Baden-Württemberg“).
 - Niedrigschwelliges wie Malbuch für Kinder.
 - Anlaufstelle für Bürgerfragen (idealerweise Präsenz, aber ggf. auch online).
 - Team Europe-Rednerpool nutzen.
 - Zeitungen / Medienkooperationen nutzen: Initiieren von Berichtsreihen, Medientrainings für Kommunen, um Europathemen in die Medien zu bringen, Unterstützung von Volontärsprojekten in Europa.
 - Social Media: einfache und wirksame Möglichkeit für positive Kommunikation, auch für interne Information (Intranet der Verwaltung) nutzbar.
 - Interne Informationen und Kanäle für Europathemen nutzen, z.B. Amtsblatt, Newsletter des Ministeriums / Newsletter für Bürgerinnen und Bürger.

3.4 Einfluss und Partizipation der Kommunen auf und an Europa

Als **zentrale Ansätze und Maßnahmen** diskutierten die Expertinnen und Experten folgende Punkte:

Abstimmung mit dem Land:

- Unterzeichnung der institutionellen Vereinbarung über das Transparenzregister → Gleichstellung von Kommune und Land.
- Politische, informelle sowie fachliche Gespräche und Veranstaltungen mit der Landesregierung: Jour Fixe zwischen Land (Landesministerien) und Kommune als gemeinsame Arbeitsebene.
- Kontakt zu Landesministerien intensivieren: Austausch und Abgleich von Papieren und Informationen zwischen Kommune und Land (Landesministerien).

Abstimmung der Kommunen untereinander:

- Austausch mit Kommunen → EU-Städteagenda; Task Force, Subsidiarität.
- Vieles abgedeckt durch kommunale Spitzenverbände / deren Europabüro: Konsultationen, Fahrpläne, Positionspapiere, kommunale Spitzenverbände, Abstimmungsempfehlungen, Stellungnahmen, ...
- Verfügbarkeit von Europabeauftragten, Einzelkommunen mit hohem Engagement.
- Vernetzung! Aktivität in verschiedenen Arbeitsgruppen notwendig, viele Kanäle nutzen zur Interessenvertretung.
 - Brücken zwischen Kommunen müssen geschlagen werden, um ganzheitlich zu interagieren.
 - z.B. bilateraler Austausch Deutsch – Griechisch.
 - Kommunaler Dachverband.
 - CEMR.
- Website mit Positionspapieren der Kommunen (ist vorhanden).

- Positionspapiere auch auf Englisch verfassen, um die Verbreitung zu fördern; hier jedoch personelle Engpässe.

Einbindung auf europäischer Ebene:

- REFIT-Plattform als „Kummerkasten“ → Europäische Kommission hier adressieren zur Verbesserung von Rechtsvorschriften, Entbürokratisierung.
- Gremien zum richtigen Zeitpunkt einschalten.
- Zugang zum elektronischen Informationssystem EUDISYS für Kommunen (strittig diskutiert).
 - Einführung der Konnexität (siehe 1. Fachforum).
 - Plattform mit Bund-Länder-Papieren sollte für Europa-Bund zugänglich gemacht werden.
- Institutionalisierte Teilnahme an Rechtssetzung (siehe 1. Fachforum).
- Partizipation auch bei Implementierung von policy:
 - Partizipation geht einher mit Finanzen: Kommunen werden benötigt zur Erreichung europäischer Ziele! Als Gegenleistung ist die finanzielle Förderung erforderlich.
 - Subsidiarität ↔ Finanzen ↔ Förderpolitik.
- Kommunale Sitze im AdR (freiwerdende Sitze oder von Bundesländern doppelt besetzte Sitze – strittig diskutiert), Interessenplattform.
- Kommunen können auf Augenhöhe mit EU-Mitgliedsstaaten arbeiten, wenn...
 - Wissenstransfer
 - Rechtssetzung
 - Finanzierung
 - ... gewährleistet sind.

Fazit/ zentrale Thesen:

- Der Einfluss der Kommunen auf und ihre Partizipation an Europa sollte durch eine engere Abstimmung mit dem Land gestärkt werden. Insbesondere gilt dies für die Bereiche:
 - Unterzeichnung der institutionellen Vereinbarung über das Transparenzregister und damit der Gleichstellung von Kommune und Land.
 - Politische, informelle sowie fachliche Gespräche und Veranstaltungen mit der Landesregierung: Jour Fixe zwischen Land (Landesministerien) und Kommune als gemeinsame Arbeitsebene.
 - Kontakt zu Landesministerien intensivieren: Austausch und Abgleich von Papieren und Informationen zwischen Kommune und Land (Landesministerien).
- Eine stärkere Abstimmung und Vernetzung sollte auch zwischen den Kommunen untereinander erfolgen, auch wenn vieles durch kommunale Spitzenverbände und deren Europabüro abgedeckt wird:
 - Austausch z.B. über EU-Städteagenda; Task Force, Subsidiarität.
 - Verfügbarkeit von Europabeauftragten, Einzelkommunen mit hohem Engagement.
 - Brücken zwischen Kommunen müssen geschlagen werden, um ganzheitlich zu interagieren, z.B. bilateraler Austausch Deutsch – Griechisch.
 - Positionspapiere der Kommunen sollten auch auf Englisch verfasst werden, um die Verbreitung zu fördern; hier jedoch personelle Engpässe.
- Stärkere Einbindung der Kommunen auf europäischer Ebene, insb. durch:
 - REFIT-Plattform als „Kummerkasten“.
 - Einschalten von Gremien zum richtigen Zeitpunkt.
 - Einführung der Konnexität (siehe 1. Fachforum).
 - Plattform mit Bund-Länder-Papieren sollte für Europa-Bund zugänglich gemacht werden.
 - Institutionalisierte Teilnahme an Rechtssetzung (siehe 1. Fachforum).
 - Partizipation auch bei Implementierung von policy → gemeinsam europäische Ziele

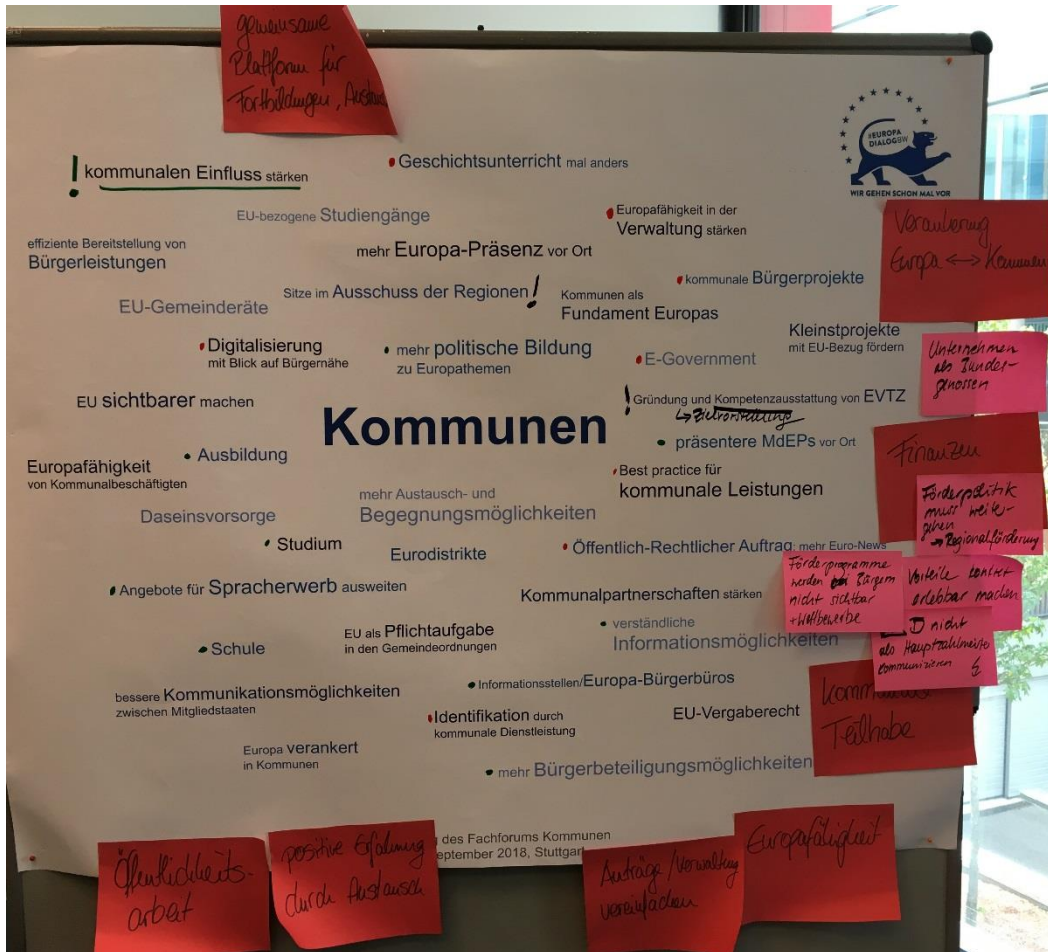
- erreichen → finanzielle Förderung → Partizipation.
- Kommunale Sitze im AdR (freiwerdende Sitze oder von Bundesländern doppelt besetzte Sitze), Interessenplattform.
 - Damit Kommunen auf Augenhöhe mit EU-Mitgliedsstaaten arbeiten können, müssen Wissenstransfer, Rechtssetzung und Finanzierung gewährleistet sein.

4. Feedback

Die zweite Sitzung des Fachforums wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern als sehr angenehm und ergebnisreich beschrieben. Beim abschließenden Blick auf die zusammengetragenen Inhalte wurden keine offengebliebenen Aspekte mehr identifiziert, die Ergebnisse erschienen allen umfassend und als gute Grundlage für das Leitbild. Positiv wurde auch der Wissensaustausch untereinander hervorgehoben und die teilweise überraschende und in jedem Fall ermutigende Erkenntnis, was schon alles gemacht wird. Mehrere Teilnehmer äußerten den Wunsch, die Informationen zur Vielfalt der Angebote und von best practice zu sichern und anschließend auch einem breiteren Kreis über die Teilnehmer des Fachforums hinaus zur Verfügung zu stellen bzw. viral zu streuen.

5. Fotodokumentation

Diskussion der bisherigen Ergebnisse



Schwerpunktt Themen

